

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

CETA-Handelsabkommen ablehnen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass
 - a) private Schiedsstellen (ISDS) zwischen Staaten mit entwickelten juristischen Systemen nicht notwendig und zudem als undemokratisch abzulehnen sind,
 - b) das Verfahren der regulatorischen Kooperation als vertraglich garantierter Lobbyismus mit europäischem Verständnis nicht nachvollziehbar ist und von diesem wichtigen Prinzip nicht abgewichen werden darf.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem CETA-Abkommen im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Bereits seit September 2014 liegt ein Vertragstext für das Handelsabkommen der EU mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement - CETA) vor. Dieses Abkommen wurde ab 2009 unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt und enthält umfassende Handels- und Zollerleichterungen. Ebenfalls Teil dieses Vertragstextes sind Regelungen zu privaten Investorenschutz-Schiedsgerichten (ISDS) und der regulatorischen Kooperation. Auf eine Anfrage des Europaabgeordneten Fabio De Masi teilte die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mit, dass die Kommission nicht beabsichtige, die 2014 abgeschlossenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Damit bleiben sowohl ISDS als auch die regulatorische Kooperation Teil von CETA.

Investor-Staat-Klagen in der Form, wie sie CETA ermöglicht, sind jedoch strikt abzulehnen. Konzerne erhalten damit das Recht, die Vertragsstaaten vor Schiedsstellen zu verklagen. Einerseits wird dadurch eine parallele Rechtsstruktur jenseits demokratischer Kontrolle geschaffen, die die Standards unseres modernen Rechtssystems untergräbt. Andererseits können Investor-Staat-Klagen demokratische Entscheidungen unterlaufen, wenn Konzerne entsprechende Regulierungsmaßnahmen, wie Umwelt- und Sozialstandards, infrage stellen können. Aus Angst vor möglichen Schadenersatzklagen könnte manches Parlament dazu verleitet werden, im Zweifel eher Entscheidungen zu treffen, die von transatlantischen Investoren begrüßt werden.

Außerdem enthält CETA ein Kapitel zur regulatorischen Kooperation. Sie sieht vor, dass das wichtige Thema im Vorfeld ihrer parlamentarischen Verhandlung in Expertengremien, denen auch Vertreter von Großkonzernen und Lobbygruppen angehören, erörtert und diskutiert wird. Erfahrungen aus Übersee zeigen, dass es gerade diese Gremien sind, die von Großkonzernen und Lobbygruppen genutzt werden, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Eine derartige Praxis widerspricht europäischen Prinzipien und darf deshalb auch nicht Teil eines Handelsabkommens sein.

Handelskommissarin Malmström hat zwar in Aussicht gestellt, dass die Regelungen zu ISDS möglicherweise in Zukunft noch einmal verhandelt werden, jedoch ist diese Aussage offensichtlich nur eine Beruhigungsspiel. Zwischenzeitlich wurden durch die Nichtregierungsorganisation footwatch die Mandate der EU-Kommission zu CETA geleakt. Hieraus geht hervor, dass ISDS ursprünglich nicht Teil des Mandats war. Erst 2011 wurde das Mandat um ISDS auf Drängen der Kommission erweitert. Es handelt sich also um ein rein europäisches Interesse. Insofern muss das Inaussichtstellen von Nachverhandlungen als bloße Hinhaltetaktik begriffen werden. Bereits jetzt ließe sich ISDS problemlos aus dem Vertragstext streichen, da die kanadische Seite offenbar kein Interesse an diesen Regelungen hat. Da es sich bei CETA mit hoher Wahrscheinlichkeit um ein gemischtes Abkommen handelt, müssen ihm Bundestag und Bundesrat zustimmen. Hier ist es an der Zeit, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln.